

Familienrecht

Begründet von

Dr. Joachim Gernhuber †

em. o. Professor
an der Universität Tübingen

Fortgeführt von

Dr. Dr. h.c. Dagmar Coester-Waltjen, LL.M. (Michigan)

em. o. Professorin an der Universität Göttingen,
chem. Direktorin des Lichtenberg-Kollegs, Göttingen

7., völlig neu bearbeitete Auflage

2020



Zitiervorschlag: *Gernhuber/Coester-Waltjen FamR*


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag C. H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 73131 0

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Nicht nur die Gesellschaft und das Familienrecht verändern sich, auch die juristischen Arbeitsweisen, die Möglichkeiten der Recherchen und die Publikationsformen unterliegen einem starken Wandel. Datenbanken und umfangreiche, die Rechtsprechung verarbeitende, schnell aktualisierte Kommentierungen beherrschen das Feld. Daneben gibt es gerade in letzter Zeit gedankenreiche familienrechtliche Habilitationsschriften und Doktorarbeiten. Warum also die Neuauflage eines Lehrbuchs zum Familienrecht – ein Buch, das weder die Rechtsprechung im Detail, schon gar nicht die Gesamtheit der Publikationen darlegen und diskutieren noch sich in einzelnen Bereichen vertieft rechtshistorischen und rechtsvergleichenden Überlegungen widmen kann? Ein solches Buch kann nur der Versuch sein, den gesamten Bereich des Familienrechts in seiner Vielfältigkeit wie auch in seinen Verzahnungen mit anderen Rechtsgebieten unter Aufdeckung der Funktions- und Systemzusammenhänge aufzuzeigen. Einerseits geht es dabei um die dogmatische Einbindung der Problemlösungen (insbesondere im vermögensrechtlichen Bereich, aber nicht nur dort) in die Grundstrukturen des bürgerlichen Rechts, die der Begründer dieses Lehrbuchs, Joachim Gernhuber, so meisterlich beherrschte. Andererseits ergeben sich aus der personalen Betroffenheit der Menschen und ihren Beziehungen spezifische familienrechtliche Eigenheiten. Schließlich gilt es, die gestaltenden Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklungen zu berücksichtigen und notwendig werdende Rechtsfortbildung oder Gesetzesreformen wissenschaftlich vorzubereiten. In dieser Hinsicht bemüht sich auch die Neuauflage weiterhin um den „Gernhuberschen Geist“.

Die Neuauflage ist aber dennoch ein Buch zum geltenden Recht geblieben und kann allenfalls kurz Ausblicke auf vernünftig erscheinende künftige Lösungen bieten. In dem Ringen um Erkenntnis bei gleichzeitigem Bestreben, den Umfang trotz der vielen neuen Problemstellungen nicht auszuweiten, sind – wiederum so schmerzlich wie in den Voraufgaben – rechtshistorische und rechtsvergleichende Ausführungen nicht aufgenommen. Auch mussten Nachweise gekürzt und manche Detailfragen ausgeblendet werden. Zu großen Teilen ist der Text im Bemühen um größere Transparenz anders gegliedert und neu geschrieben worden.

Tatkräftige Unterstützung bei der Bearbeitung des Manuskripts habe ich unter anderem von Frau Sophia Walla, Herrn Duy Tuong Huynh und Frau Heike Gabel erhalten. Frau Inis Jonscher hat sich mit nahezu Sherlock Holmes-artiger Findigkeit durch unübersichtliche Manuskripte und schwierige Diktate hindurch gekämpft. Das Verzeichnis hat Frau Annette Boecker mit großer Sorgfalt erstellt. Der Beck-Verlag hat stets mit großem Verständnis auf Schwierigkeiten und Verzögerungen reagiert. Allen beteiligten Personen – auch den hier nicht genannten – danke ich sehr herzlich.

Danken möchte ich aber auch meiner Familie, meinen Freunden, Bekannten und Kollegen, die über lange Zeit Verständnis dafür hatten, dass stets dem „Gernhuber“ der Vorrang vor privaten Unternehmungen, in der letzten Phase auch vor anderen wissenschaftlichen Aktivitäten zu gebühren hatte. Ein ganz besonderer Dank gilt meinem lieben Mann, Michael Coester, der mir in allen, auch den schwierigsten Situationen mit Rat und Tat zur Seite gestanden und damit sehr viel mehr als nur eheliche Solidarität geleistet hat.

München, im November 2019

Dagmar Coester-Waltjen

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	LI
-----------------------------	----

1. Abschnitt. Allgemeine Lehren

A. Grundlagen

§ 1. Das Familienrecht als Teil der Gesamtrechtsordnung	1
§ 2. Rechtsvergleichung – Rechtsvereinheitlichung	13
§ 3. Die Familienrechte im subjektiven Sinn	16
§ 4. Ehe, Verwandtschaft, Schwägerschaft, registrierte Partnerschaft	24

B. Ehe, Familie und Individuum im Spannungsfeld der Grund- und Menschenrechte

§ 5. Internationale und nationale Vorgaben	32
§ 6. Der Schutz von Ehe und Familie	37
§ 7. Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung und der Schutz des Individuums	50

2. Abschnitt. Die Ehe

A. Die Ehebegründung

§ 8. Das Verlöbnis	55
§ 9. Ehefähigkeit	69
§ 10. Die Eheverbote	73
§ 11. Die Eheschließungsformen und Formalien	82
§ 12. Die Willenserklärungen der Eheschließenden	93

B. Nichtehe und fehlerhafte Ehe

§ 13. Die Nichtehe	98
§ 14. Die aufhebbare Ehe	102
§ 15. Wiederverheiratung vermeintlich Verwitweter	121

C. Eheleiche Lebensgemeinschaft

§ 16. Äußere Wirkungen	122
§ 17. Wirkungen im personalen Bereich: Eheschutz und staatliche Durchsetzung ehelicher Pflichten	131
§ 18. Freiheit und Bindung in der Ehe	137
§ 19. Das Vermögen der Ehegatten	152
§ 20. Tätigkeiten	177
§ 21. Familienunterhalt	186
§ 22. Weitere Wirkungen der Ehe	200
§ 23. Trennung der Ehegatten	209

D. Recht der Ehescheidung

§ 24. Allgemeines	217
§ 25. Das Scheidungsrecht im subjektiven Sinn	226
§ 26. Vereinbarungen über Trennung und Scheidung	230

Inhaltsübersicht

§ 27. Die gescheiterte Ehe	243
§ 28. Versorgungsausgleich	265
§ 29. Weitere Vermögenskorrekturen	279

E. Das Ehegüterrecht

§ 30. Grundfragen	286
§ 31. Der Ehevertrag	290
§ 32. Das Güterrechtsregister	299
§ 33. Prinzipien der Zugewinnngemeinschaft	304
§ 34. Die Zugewinnngemeinschaft: Verfügungsbeschränkungen	312
§ 35. Zugewinnngemeinschaft: Ausgleich zu Lebzeiten beider Ehegatten	338
§ 36. Zugewinnngemeinschaft: Ausgleich beim Tod eines Ehegatten	370
§ 37. Der deutsch-französische Güterstand der Wahl-Zugewinnngemeinschaft	381
§ 38. Die Gütergemeinschaft	389
§ 39. Die Gütertrennung	417

3. Abschnitt. Andere Lebensgemeinschaften

§ 40. Erscheinungsformen und Problemstellungen	419
§ 41. Die eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft	422
§ 42. Faktische Lebensgefährten – Das Außenverhältnis	435
§ 43. Faktische Lebensgefährten – Das Innenverhältnis	441

4. Abschnitt. Unterhaltsrecht

§ 44. Allgemeine Grundsätze des Unterhaltsrechts	451
§ 45. Besonderheiten des nachehelichen/nachpartnerschaftlichen Unterhalts	464
§ 46. Besonderheiten des Anspruchs aus § 1615l BGB	493
§ 47. Besonderheiten im Kindesunterhalt	499
§ 48. Besonderheiten im Elternunterhalt und im Mehrgenerationenverhältnis	513

5. Abschnitt Kinder

A. Rechtliche und tatsächliche Ausgangssituation – Familie und Jugendhilfe

§ 49. Gesellschaftliche Strukturen und internationale Wertordnung	521
§ 50. Familienrecht und Jugendrecht	526
§ 51. Öffentliche Organe im Kindschaftsrecht	530

B. Eltern-Kind-Zuordnung

§ 52. Zuordnungsgrundsätze	537
§ 53. Mütterliche Abstammung	551
§ 54. Vater-Kind-Zuordnung	561

C. Eltern-Kind-Verhältnis

§ 55. Allgemeine Wirkungen der Abstammung	599
§ 56. Folgen der Hausgemeinschaft	619
§ 57. Ausstattung und verwandte Zuwendungen	625
§ 58. Grundkonzeption der elterlichen Sorge	630
§ 59. Die Personensorge	657
§ 60. Vermögenssorge	667
§ 61. Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge	675
§ 62. Schutz des Kindes: Die Generalklausel	689

Inhaltsübersicht

§ 63. Kindesschutz durch Ausschluss der elterlichen Handlungsmacht	706
§ 64. Kindesschutz durch familiengerichtliche Genehmigung	719
§ 65. Kindesschutz durch Begrenzung fremdverursachter Schulden	742
§ 66. Elterliche Sorge getrenntlebender Eltern	747
§ 67. Umgangsrechte	769
§ 68. Elterliche Sorge und Dritte	786
§ 69. Ausfall der Eltern oder eines Elternteils	808

D. Adoption

§ 70. Annahme Minderjähriger	814
§ 71. Annahme Volljähriger	859

6. Abschnitt. Sonstige Schutzverhältnisse

A. Vormundschaft

§ 72. Das Institut der Vormundschaft	865
§ 73. Struktur der Vormundschaft	877
§ 74. Personensorge und Vermögenssorge	889
§ 75. Ende der Vormundschaft	889
§ 76. Sonderformen der Vormundschaft	903

B. Schutzverhältnisse auch für Volljährige

§ 77. Die Pflegschaft	905
§ 78. Die Betreuung	920

Gesetzesregister	949
------------------------	-----

Sachregister	963
--------------------	-----

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	LI

1. Abschnitt. Allgemeine Lehren

A. Grundlagen

§ 1. Das Familienrecht als Teil der Gesamtrechtsordnung	1
I. Die gegenwärtige Familie in der Sicht des Soziologen	1
1. Was kommt nach der Familie?	1
2. Eine Vielfalt der Familienformen	3
3. Gesellschaftlicher Wandel der Wertvorstellungen	5
4. Funktionswandel	7
II. Recht und Politik als gestaltende Kräfte	8
1. Ansatz des Rechts	8
2. Recht und Familienpolitik	9
III. Das Familienrecht im Rechtssystem	10
1. Der Begriff „Familienrecht“	10
2. Standort	10
IV. Familienrecht als Statusrecht	11
1. Personenstand	11
2. Personenstandsbestimmung	11
3. Statik und Transparenz	11
4. Gewillkürte Stellvertretung	12
5. Gesetzliche Vertretung	12
V. Tatbestandsbildung im Familienrecht	12
1. Notwendigkeit offener Tatbestände	12
2. Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe	12
3. Grenzen	13
§ 2. Rechtsvergleichung – Rechtsvereinheitlichung	13
I. Rechtsvergleichung	14
II. Rechtsvereinheitlichung	14
III. Ein europäisches Familienrecht?	15
§ 3. Die Familienrechte im subjektiven Sinn	16
I. Die familienrechtlichen Rechtsverhältnisse	17
1. Gegenstand	17
2. Personale Natur	17
3. Dauerrechtsverhältnisse	17
4. Inhaltliche Wandelbarkeit	18
II. Die Familienrechte	19
1. Ursprung	19
2. Charakter als subjektives Recht	19
3. Zusammengesetztes Recht	19
4. Rechtssubjekte als Bezug des subjektiven Rechts	20
5. Absoluter und relativer Charakter	20

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Pflichtrecht	20
7. Höchstpersönliche Natur	21
III. Die Gestaltungsrechte	21
1. Arten	21
2. Ausübungsformen	22
3. Rechtskraft	22
IV. Die familienrechtlichen Ansprüche	22
1. Anwendbares „Anspruchsrecht“	22
2. Modifizierung des Schuldrechts	23
3. Beschränkung der gerichtlichen Geltendmachung oder Vollstreckung ..	23
4. Verjährungshemmung	24
5. Verjährungsausschluss	24
§ 4. Ehe, Verwandtschaft, Schwägerschaft, registrierte Partnerschaft	24
I. Die bürgerliche Ehe	24
1. Staatliches Recht	25
2. Institutionelle Ehelehren	25
3. Interindividuelle Ehelehren	26
4. Ehe als Organisation	26
5. Ehe als soziale Verhaltensform	26
6. Übergänge	27
7. Unauflösbarkeit	27
8. Variationen der Lebensgemeinschaft	28
9. Fortpflanzung	28
10. Zweckentfremdung	28
II. Verwandtschaft	29
1. Entstehung	29
2. Linien	29
3. Verwandtschaftsgrade	29
4. Die Rechtsfolgen	30
III. Schwägerschaft	30
1. Verbindung durch Ehe	30
2. Verbindung durch registrierte gleichgeschlechtliche Lebenspartner- schaft	30
3. Gradsystem	31
4. Rechtsfolgen	31
5. Stiefkinder	32
IV. Registrierte Lebenspartner	32
B. Ehe, Familie und Individuum im Spannungsfeld der Grund- und Menschenrechte	
§ 5. Internationale und nationale Vorgaben	32
I. UN-Konventionen	33
II. Die EMRK und die EU-Grundrechtecharta	34
III. Die deutsche Verfassung	35
§ 6. Der Schutz von Ehe und Familie	37
I. Die Ehe	37
1. Die Ehe als Institution	37
a) Freier Wille und Irrelevanz der Geschlechtszugehörigkeit	37
b) Monogamie	38

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Formalisierte Eheschließung	38
d) Strukturprinzip	38
e) Die Gleichberechtigung der Ehegatten	39
2. Art. 6 I GG als Abwehrrecht	39
3. Grundsatznorm	40
II. Die Familie	40
1. Was ist Familie?	40
2. Das Recht auf Familiengründung	42
3. Die Familienautonomie	42
4. Schutz und Förderung der Familie	42
III. Das Eltern-Kind-Verhältnis	43
1. Elternautonomie	43
2. Elternverantwortung	44
3. Grenzen	44
a) Immanente Grenzen	44
b) Das Wächteramt des Staates nach Art. 6 II 2 GG	45
c) Schulrecht	45
d) Verfügbarkeit	46
4. Träger der Elternverantwortung	47
5. Elternrecht und elterliche Sorge	48
IV. Kindesrechte und Kinderschutz	48
§ 7. Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung und der Schutz des Individuums	50
I. Die Gleichbehandlung aller Geschlechter	50
1. Die Gleichbehandlung von Mann und Frau	50
2. Ein Verbot der Diskriminierung aufgrund anderer Geschlechtszuordnungen	51
3. Nichtdiskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung	51
II. Gebot der Gleichbehandlung aller Kinder	51
III. Verbot der Diskriminierung aufgrund einer Behinderung	52
IV. Schutz des Individuums im Familienrecht	52
1. Fürsorge- und Schutzbedürfnisse	52
2. Freiheitsentziehung	53
3. Gewaltschutz	54

2. Abschnitt. Die Ehe

A. Die Ehebegründung

§ 8. Das Verlöbnis	55
I. Bedeutung	55
1. Praktische Relevanz	55
2. Der Begriff	56
3. Rechtsnatur	56
4. Stellungnahme	56
5. Konsequenzen	57
6. Geschäftsunfähige	58
II. Der Vertrag	58
1. Vertragsschluss	58
2. Stellvertretung	58

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Bedingung und Befristung	59
4. Willensmängel	59
5. Gesetz- und Sittenwidrigkeit	60
III. Wirkungen	61
1. Pflicht zur Heirat	61
2. Personale Verbindung	61
IV. Rücktritt	62
1. Beendigungsgründe	62
2. Rücktritt des Minderjährigen	62
3. Endgültigkeit	62
4. Rücktritt ohne wichtigen Grund	63
5. Mittelbarer Verlöbnisbruch	64
6. Haftung aus Verschulden	64
7. Beiderseitige wichtige Gründe	64
8. Beendigung ohne Rücktritt	65
V. Schadensersatz	65
1. Umfang	65
2. Immaterielle Schäden	66
3. Drittschäden	66
4. Deliktische Haftung	67
VI. Rückgabepflichten	67
1. Geschenke	67
2. Briefe, Fotos	68
3. Tod	68
§ 9. Ehefähigkeit	69
I. Begriff	69
II. Die Ehemündigkeit	70
1. Begriff	70
2. Volljährigkeit	70
3. Verfassungsmäßigkeit?	70
III. Geschäftsunfähigkeit	71
1. Eheschließungsverbot für Geschäftsunfähige	71
2. Betreute Personen	72
3. Vorübergehende Störungen der Geistestätigkeit	72
IV. Folgen der Nichtbeachtung	72
1. Aufhebbarkeit, Unwirksamkeit	72
2. Heilungsmöglichkeiten	73
§ 10. Die Eheverbote	73
I. Allgemeines	73
1. Befund	73
2. Entwicklung	74
3. Arten der Eheverbote	76
II. Bigamie	76
1. Grundsatz	76
2. Bestand einer Vorehe	77
3. Bestand einer registrierten Lebenspartnerschaft	77
4. Sanktion	78
5. Besondere verfahrensrechtliche Situationen	78
6. Wiederholung der Eheschließung	80

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Verwandtschaft	80
1. Legitimation	80
2. Umfang	80
3. Mögliche Verwandtschaft	81
IV. Adoption	81
1. Verwandtschaft im Rechtssinne	81
2. Dispens	81
3. Verweigerungsgründe	81
§ 11. Die Eheschließungsformen und Formalien	82
I. Der Grundsatz der obligatorischen Zivilehe	82
1. Förmlicher Entschluss	82
2. Obligatorische Zivilehe	83
3. Kirchliche Trauung	85
4. Funktion des Standesamtes	85
II. Die Formalien	85
1. Die Anmeldung	85
2. Das zuständige Standesamt	86
3. Die Mitwirkung des Standesbeamten	86
4. Gutgläubenschutz	87
III. Besonderheiten bei Auslandsbezug	89
1. Problemstellung und besondere Relevanz	89
2. Ehefähigkeitszeugnis	90
3. Anwendung deutschen Rechts	92
4. Besondere Formen	92
5. Ermächtigte Stellen	93
§ 12. Die Willenserklärungen der Eheschließenden	93
I. Höchstpersönlichkeit	94
II. Unbedingtheit und Unbefristetheit	95
III. Bedeutung von Willensmängeln	96
IV. Bedeutung von Willensvorbehalten – Scheinehen	96
B. Nichtehe und fehlerhafte Ehe	
§ 13. Die Nichtehe	98
I. Grundlagen	98
II. Fallgestaltungen	99
1. Mangel im Tatbestand	99
2. Fehlende Rechtsfähigkeit	99
3. Fehlende Ehemündigkeit	100
4. Fehlende Eheschließungserklärungen	100
5. Fehlen eines zuständigen, mitwirkungsbereiten Standesbeamten	100
6. Die Bedeutung des Geschlechts	100
III. Heilung	101
IV. Rechtsfolgen der Nichtehe	102
§ 14. Die aufhebbare Ehe	102
I. Grundsätze	103
1. Aufhebungsgründe	103
2. Vorwirkungen der Aufhebbarkeit	103
	XV

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Wegfall der Aufhebungsmöglichkeit	104
4. Aufhebungsverfahren	106
5. Aufhebungsberechtigte	106
6. Beweislast	108
7. Aufhebungsfolgen	108
8. Praktische Relevanz	112
II. Eheverbote	112
1. Verwandtenehe	112
2. Bigamische Ehe	113
III. Fehlende Ehefähigkeit	114
1. Ehemündigkeit	114
2. Geschäftsunfähigkeit	114
IV. Mängelbehaftete Willenserklärungen	115
1. Bewusstlosigkeit/gestörte Geistestätigkeit	115
2. Irrtumsfälle	115
3. Arglistige Täuschung	116
4. Widerrechtliche Drohung	117
5. Gemeinsame Willensvorbehalte – „Scheinehe“	118
V. Formfehler	119
VI. Konkurrenz von Scheidungs- und Aufhebungsbegehren	120
1. Nebeneinander	120
2. Rang	120
§ 15. Wiederverheiratung vermeintlich Verwitweter	121
1. Problem	121
2. Grundregel	121
3. Folgen der Auflösung der Erstehe	121
4. Aufhebungsmöglichkeit	121
5. Folgen der Aufhebung der Zweitehe	121

C. Eheliche Lebensgemeinschaft

§ 16. Äußere Wirkungen	122
I. Ehe name	122
1. Namenseinheit	122
2. Vom Patriarchat zur Gleichberechtigung	123
3. Begriffe	124
4. Die Wahl der Ehegatten	125
5. Wahlmöglichkeiten	126
6. Begleitname	127
7. Änderungen des Begleitnamens	128
8. Änderung des Ehenamens	128
9. Verwitwete und Geschiedene	129
10. Kritik	130
II. Staatsangehörigkeit	130
1. Gleiche Staatsangehörigkeit	130
2. Deutsche	130
3. Ausländerinnen	130
4. Staatsangehörigkeitswechsel	131
III. Wohnsitz	131
1. Der Grundsatz der individuellen Entscheidung	131

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Minderjährige Ehegatten	131
3. Wohnsitzbegründung	131
§ 17. Wirkungen im personalen Bereich: Eheschutz und staatliche Durchsetzung ehelicher Pflichten	131
I. Privatrechtlicher Schutz	132
1. Schutz und Schutzmechanismen	132
2. Die Ehe als absolutes Recht	132
a) Innenverhältnis/Außenverhältnis	132
b) Die personenrechtliche Zuordnung	132
c) Die eheliche Treuepflicht	133
d) Eheliche Treue und weitere Rechtsgüter	134
e) Das Ehebruchskind	135
II. Die Ehe als gesetzliches Schutzverhältnis	135
III. Rechtszwang gegen den Ehegatten	136
1. Gerichtliche Geltendmachung	136
2. Vollstreckbarkeit	136
§ 18. Freiheit und Bindung in der Ehe	137
I. Gemeinschaftliche und persönliche Angelegenheiten	137
1. Grenzen der Gemeinschaftlichkeit	137
2. Weltanschauliche Fragen	137
3. Privatsphäre	138
II. Verhaltensanforderungen	139
1. Rechtspflichten	139
2. Obliegenheiten	139
3. Gebote sozialer Standards	139
III. Autonomie der Ehegatten	139
1. Standort der Gegenwart	140
2. Zwingendes Recht	140
3. Arten autonomer Akte	141
4. Ordnungen	141
5. Beschlüsse	142
6. Verträge	143
IV. Die Generalklausel (§ 1353 I 2) und ihre Funktionen	144
1. Regelungsgrenzen	144
2. Funktionen	144
3. Interpretationsmaxime	145
4. Pflichtenbegründende Funktion	145
5. Regulative Funktion	145
6. Schrankenfunktion	145
V. Persönliche Pflichten	145
1. Gesetzliche Verankerung	145
2. Situationsabhängigkeit	146
3. Verantwortungsgemeinschaft, Schutz und Beistand	146
4. Toleranz, Rücksicht, Verständigungsbereitschaft	147
5. Aufklärungs- und Auskunftspflichten	148
6. Häusliche Gemeinschaft	149
7. Verwandtenaufnahme	150
8. Kinderwunsch	150
9. Konkurrenzen	151

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Schranken des Rechts auf eheliche Lebensgemeinschaft	151
1. Rechtsmissbrauch	151
2. Scheinhandeln	151
3. Legitime Schranke	151
4. Scheitern der Ehe	152
§ 19. Das Vermögen der Ehegatten	152
I. Allgemeine Ehewirkungen und eheliches Güterrecht	152
1. Vermögensfolgen	152
2. Dispositivität	153
3. Wechselwirkungen	153
II. § 1353 BGB als Generalklausel	153
1. Grundsatz	153
2. Einzelpflichten	153
3. Schrankenfunktion	155
4. Güterzuordnung	155
5. Eheneutrale Rechtsverhältnisse	156
6. Verträge mit erweitertem Geschäftszweck	156
III. Mitbenutzung von Wohnung und Haushaltsgegenständen	157
1. Besitzverhältnisse	157
2. Drittwirkungen	158
3. Entwidmung	158
IV. Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs	158
1. Außenverhältnis	159
2. Innenverhältnis	159
3. Zweck	159
4. Deutung	160
5. Bevollmächtigung	162
6. Umfang der Handlungsmacht	162
7. Gesamtschuldnerschaft	165
8. Gesamtgläubiger	166
9. Dingliche Rechtslage	167
10. Ruhen der Handlungsmacht	168
11. Ausschluss und Beschränkung	168
12. Ende	170
V. Zuwendungen unter Ehegatten	170
1. Die Problematik	171
2. Eheneutrale Zuwendungen	171
3. Kooperationsverträge	171
4. Schenkungen	172
5. Ehebedingte Zuwendungen	173
VI. Gesamtschuldner- und Gesamtgläubigerausgleich	174
1. Grundsatz	175
2. Gesamtschulden der Ehegatten	175
3. Gesamtgläubiger	176
§ 20. Tätigkeiten	177
I. Der Haushalt	177
1. Autonomie	177
2. Bindung	178
3. Selbständigkeit eines Ehegatten	178

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Eigene Verantwortung	178
5. Deliktische Haftung	179
6. Mithilfe	179
II. Erwerbstätigkeiten	179
1. Freiheit und Bindung	179
2. Rücksichten	180
3. Außenwirkungen	180
III. Mitarbeit	180
1. Pflicht zur Mitarbeit?	180
2. Recht auf Mitarbeit	181
3. Die Vertragstypen	181
4. Arbeitsverträge	182
5. Gesellschaftsverträge	182
6. Innengesellschaften	182
7. Kooperationsverträge	184
8. Störungen	185
§ 21. Familienunterhalt	186
I. Bedeutung	186
1. Begriff	186
2. Relevanz	187
3. Verpflichtung, Berechtigung und Begünstigung	188
4. Ressourcen und Leistungen	189
a) Grundsätze	189
b) Der Einsatz der Arbeitskraft	190
c) Ersatz der Arbeitskraft	191
5. Maßstab	191
6. Art und Weise der Leistung	192
II. Umfang	193
1. Kernbestand	193
2. Ausbildung	193
3. Vorsorgeleistungen	194
4. Besonderheiten des Taschengeldes	194
III. Verfahrenskosten	195
1. Staatslast und Familienlast	195
2. Eigenarten	196
3. Berechtigte	196
4. Rechtsstreitigkeiten	196
5. Maßstäbe	197
6. Grenzen	199
7. Rückzahlung	199
§ 22. Weitere Wirkungen der Ehe	200
I. Haftung	200
1. Bedeutung	201
2. Haftungsmaßstab	201
3. Straßenverkehr	202
4. Zweitschädiger	203
5. Disponibilität	204
II. Eigentumsvermutungen	204
1. Bedeutung	204

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Reichweite	205
3. Die Trennung der Ehegatten	206
4. Persönlicher Gebrauch	206
5. Vollstreckung	207
6. Rechtsmittel	207
7. Beiderseitige Gläubiger	208
III. Weitere an die Ehe anknüpfende Regelungen außerhalb des Familienrechts	208
1. Tatbestandsmerkmal	208
2. Strafrecht	208
3. Verfahrensrecht	208
4. Erbrecht	208
5. Schutz Dritter	208
6. Sozialrecht	209
§ 23. Trennung der Ehegatten	209
I. Arten der Trennung	209
1. Objektiver und subjektiver Tatbestand	209
2. Trennung als Übergangsstadium	209
II. Trennungsunterhalt	209
1. Abgrenzung zu anderen Unterhaltstatbeständen	209
2. Privatautonome Gestaltung	210
III. Haushaltsgegenstände	210
1. Nutzung und dingliche Lage	211
2. Das Billigkeitskriterium	212
IV. Ehewohnung	213
1. Überlassung	213
2. Nutzungsvergütung	215
3. Konkurrenzen	216
V. Sonstige Auswirkungen	216
1. Ehebedingte Zuwendungen	216
2. Ausgleichspflichtige Verfügungen	216
3. Die Eigentumsvermutung	216
4. Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs	217
5. Die elterliche Sorge	217
D. Recht der Ehescheidung	
§ 24. Allgemeines	217
I. Grundlagen	218
1. Begriff	218
2. Eheauffassung	218
3. Rechtslogik	218
4. Grundsätze	218
II. Scheidungsrecht und Grundgesetz	219
1. Fundamentalstruktur	219
2. Neutralität des Grundgesetzes	220
3. Konsensualscheidungs	220
4. Erschwerung	221
III. Grundgedanken des geltenden Rechtes	221
1. Zerrüttungsgrundsatz	221

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Formale Indikatoren	222
3. Korrektive	223
4. Kein Willensprinzip	223
5. Scheidungsverfahren	223
IV. Die Scheidungsstatistik	223
1. Aussagekraft	223
2. Vergleichszahlen	223
3. Entwicklung	224
4. Ehejahrgang	224
5. Kinder	224
6. Ehedauer	224
7. Religionszugehörigkeit	224
8. Geschlecht	224
9. Scheidungsvoraussetzungen	225
10. Wertung	225
§ 25. Das Scheidungsrecht im subjektiven Sinn	226
1. Gestaltungsrecht	226
2. Kein Kündigungsrecht	226
3. Antrag und Beschluss	226
4. Einheit des Scheidungsrechtes	227
5. Einreden und Einwendungen	228
6. Verzicht	229
7. Selbstbestimmung und Fremdbestimmung	229
8. Vorwirkungen	230
§ 26. Vereinbarungen über Trennung und Scheidung	230
I. Grundformen	231
1. Scheidungsfolgenverträge, Trennungsverträge und Scheidbarkeits- verträge	231
2. Grundsätzliche Anerkennung	232
3. Form	232
4. Regelungsgegenstände	233
5. Causa	234
II. Wirksamkeitsgrenzen von Scheidungsfolgenvereinbarungen	234
1. Allgemeine Grenzen	234
2. Inhaltskontrolle	235
3. Ausübungskontrolle	238
4. Anfechtbarkeit	239
III. Verträge mit Dritten	239
1. Bezeichnung	239
2. Typen	239
3. Abschlussmängel	240
IV. Vereinbarungen im Wege eines gerichtlicher Vergleichs	240
1. Zulässigkeit	240
2. Inhalt	241
3. Beteiligung gemeinschaftlicher Kinder	241
4. Anwaltszwang	242
5. Änderung der Regelungssituation	242

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 27. Die gescheiterte Ehe	243
I. Der Tatbestand	243
1. Die Aussage des Gesetzes	243
2. Maßstäbe	244
3. Die Analyse	244
4. Häusliche Gemeinschaft	244
5. Prognose	245
6. Ursachen	246
7. Beiderseitige und einseitige Zerrüttung der Ehe	247
8. Geisteskrankheit	247
9. Scheinehen	247
II. Die Sperrfrist	248
1. Grundsatz	248
2. Die Ausnahme	249
3. Gründe	250
4. Einvernehmen der Ehegatten	251
III. Die Vermutung des § 1566 I BGB (einverständliche Scheidung)	251
1. Zweck	251
2. Die Tatbestandselemente	252
3. Trennung	252
4. Konsens der Ehegatten; beiderseitiger Scheidungsantrag	252
5. Konsens der Ehegatten; Scheidungsantrag und Zustimmung	253
6. Mängel	253
7. Folgesache	254
8. Aussetzung des Verfahrens	254
IV. Die Vermutung des § 1566 II BGB	255
1. Tatbestand	255
2. Aussetzung des Verfahrens	255
3. Scheidung vor Fristablauf	255
V. Schutz gemeinschaftlicher Kinder	255
1. Gesetzliche Regelung	255
2. Amtsmaxime	256
3. Art der Interessen der Kinder	256
VI. Härteklausele	256
1. Gescheiterte Ehen	256
2. Verhandlungsmaxime	257
3. Interessen	258
4. Außergewöhnliche Umstände	258
5. Schwere Härte	259
6. Interessenabwägung	260
VII. Getrenntes Leben	261
1. Bedeutung	261
2. Tatbestandselemente	261
3. Wille	261
4. Häusliche Trennung	263
5. Trennung innerhalb der Wohnung	263
6. Unterbrechung der Frist	264
§ 28. Versorgungsausgleich	265
I. Die Idee – Entwurf und Entfaltung	265
1. Der ideelle Ansatz	265

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Der technische Ansatz	266
3. Probleme	266
4. Veränderungen	267
5. Die Notwendigkeit einer Strukturreform	267
II. Strukturen des geltenden Versorgungsausgleichsrechts	268
1. Sedes Materiae	268
2. Abgrenzungen	268
3. Teilungssystem	268
4. Abweichungen	269
5. Vereinbarungen der Ehegatten	270
III. Anrechte	272
1. Definition	272
2. Art und Gegenstand	272
3. Leistungsform	273
4. Ehezeitliche Anrechte	273
IV. Bewertung	274
1. Grundsätze	274
2. Änderungen	275
3. Anpassungen	276
V. Teilungsarten	277
1. Interne Teilung	277
2. Externe Teilung	278
3. Schuldrechtlicher Ausgleich	278
§ 29. Weitere Vermögenskorrekturen	279
I. Rückforderung von Zuwendungen	279
1. Widerruf von Schenkungen	279
2. Der Wegfall der Geschäftsgrundlage	280
3. Bereicherungsrechtlicher Ausgleich	282
II. Haushaltsgegenstände und Ehewohnung	282
1. Bedeutung	283
2. Anwendbarkeit	283
3. Ehewohnung	283
4. Haushaltsgegenstände	285

E. Das Ehegüterrecht

§ 30. Grundfragen	286
I. Grundbegriffe	287
1. Eheliches Güterrecht	287
2. Gesetzliches Güterrecht	287
II. Strukturen	287
1. Funktionen	287
2. Grundform und ihre Varianten	287
3. Ehemodell und Güterstand	288
III. Das geltende Recht	288
1. Gesetzliches, vertragliches Güterrecht und gesetzliche Wahlgüterstände	288
2. Gütergemeinschaft	289
3. Gütertrennung	289
4. Zugewinnngemeinschaften in ihren verschiedenen Formen	290

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 31. Der Ehevertrag	290
I. Tatbestand	290
1. Begriff	290
2. Funktion	290
3. Ausgenommene Materien	291
4. Missbrauch	292
5. Fehlbezeichnung	293
II. Vertragsschluss	293
1. Notarielle Beurkundung	293
2. Gleichzeitige Anwesenheit	294
3. Beurkundungsumfang	294
III. Grenzen der Vertragsfreiheit im Ehegüterrecht	294
1. Typenzwang und Typenfreiheit	294
2. Modifizierungen	295
3. Eingriffe in die Zugewinnngemeinschaft	295
4. Variierungen der Gütergemeinschaft	296
5. Schranken anderer Art	296
6. Künftiges Vermögen	296
7. Versorgungsausgleich	297
IV. Verwaltungsverträge	297
1. Vertrag	297
2. Rechte und Pflichten	298
3. Besitz	298
4. Handlungsvollmacht	298
5. Unwiderrufliche Verwaltungsmacht	298
6. Verwaltungsmacht	298
§ 32. Das Güterrechtsregister	299
I. Funktionen: Verkehrsschutz und Verkehrserleichterungen	299
II. Eintragungsfähige Tatsachen	300
1. Güterrechtliche Verhältnisse	300
2. Andere Rechtslagen	300
III. Zuständigkeit; Verfahrensgrundsätze	301
1. Zuständiges Gericht	301
2. Antragsgrundsatz	301
3. Prüfungspflicht des Registergerichts	302
4. Öffentliche Bekanntmachung	302
5. Einsicht	302
IV. Wirkungen der Eintragung	302
1. Volle Wirksamkeit	302
2. Beschränkte Wirkung	302
3. Rechtsscheintatbestände	303
V. Schutz gegen unrichtige Eintragungen	303
1. Fortwirkung der Eintragung	303
2. Ursprüngliche Unrichtigkeit	304
§ 33. Prinzipien der Zugewinnngemeinschaft	304
I. Idee und Wirklichkeit	304
1. Grundstruktur	304
2. Legitimationsversuche	305

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Grundlagen des geltenden Rechts	305
4. Bindungen	306
5. Teilungsgröße	306
6. Ausgegrenzte Sektoren	307
7. Ausgleichsmodi	308
8. Zeitpunkt des Ausgleichs	309
9. Leistungen während des Güterstands	309
10. Form der Beteiligung	310
11. Rechtsgeschäftliche Korrekturen	310
12. Auswirkungen im Geschäftsverkehr	310
II. Gütertrennung als Grundsatz	310
1. Eigentumslage	310
2. Surrogation	311
3. Vermögensverwaltung	311
4. Besitz	312
§ 34. Die Zugewinnngemeinschaft: Verfügungsbeschränkungen	312
I. Umkreis und Schutzzweck	313
1. Wirkung	313
2. Bindungsintensität	313
3. Zweck	313
4. Verfügungsbeschränkungen sui generis	314
5. Verfügungs- und Verpflichtungsgeschäft	314
6. Umfang	315
7. Sachwalter	316
8. Verkehrsschutz	316
9. Ausschluss	317
II. Gesamtvermögensgeschäfte	317
1. Umfang der Bindung	318
2. Gesamtheorie und Einzeltheorie	319
3. Interpretationsgrundsätze	320
4. Die Einzeltheorie; objektiver Tatbestand	320
5. Die Einzeltheorie; subjektives Tatbestandselement	322
6. Die „objektive Theorie“	323
7. Sukzessive Geschäfte	323
8. Belastungen eines Grundstücks	323
9. Eintragungen im Grundbuch	325
10. Vorrang anderer Wertungen	325
11. Gesellschaftsrecht	326
III. Gegenstände des ehelichen Haushalts	327
1. Umfang der Bindung	328
2. Gegenstände des ehelichen Haushalts	328
3. Die Sicherungsübereignung	329
4. Haushaltsauflösung	329
IV. Die Zustimmung	329
1. Zeitpunkt	329
2. Form	330
3. Ersetzung der Zustimmung	330
4. Schwebezustand	331
5. Gutgläubige Geschäftspartner	332
6. Erklärungsfrist	332

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. Konvaleszenz	333
8. Garantieverträge	334
V. Rechte des Erwerbers nach nichtigem Geschäft	334
1. Folgen der Nichtigkeit	334
2. Rückgewähr und Schadensersatz	335
VI. Rechte des übergangenen Ehegatten	335
1. Vor der Verfügung	336
2. Revokation	336
3. Leistungsrichtung	337
§ 35. Zugewinnngemeinschaft: Ausgleich zu Lebzeiten beider Ehegatten	338
I. Tatbestände	338
1. Anlass	338
2. Sicherung	338
II. Vorzeitiger Zugewinnausgleich und vorzeitige Aufhebung der Zugewinnngemeinschaft	339
1. Bedeutung	339
2. Getrenntleben	339
3. Gefährdung der künftigen Ausgleichsforderung	340
4. Nichterfüllung wirtschaftlicher Ehepflichten	340
5. Informationsverweigerung	341
III. Das Anfangsvermögen	341
1. Rechnungsgrößen	342
2. Anfangsvermögen	342
3. Variationen	342
4. Ausgleichsfreier Erwerb	343
5. Abweichende Regelung durch Ehevertrag	346
IV. Das Endvermögen	346
1. Bewertungszeitpunkt	346
2. Überschuldung	347
3. Veränderungen	347
V. Bestandsaufnahmen und Bewertungen	348
1. Ansatz	348
2. Inventarisierung	349
3. Bestandsvermutung	349
4. Auskunft	350
5. Gegenstand der Auskunft	350
6. Aktiva	352
7. Verbindlichkeiten	353
8. Bewertungsmaßstäbe	354
9. Reale Wertsteigerungen	356
VI. Währungsverfall	357
1. Scheingewinne	357
2. Korrektur	357
VII. Ausgleichsforderung	358
1. Zugewinn	358
2. Vorempfänge	359
3. Maßgeblicher Zeitpunkt	360
4. Auffüllungsanspruch	362
5. Modalitäten der Forderung	362

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Einrede grober Unbilligkeit	364
7. Stundung	367
8. Sachleistungen	369
§ 36. Zugewinnngemeinschaft: Ausgleich beim Tod eines Ehegatten	370
I. Die pauschalierende erbrechtliche Lösung	371
1. Geltungsbereich	371
2. Bedeutung	371
3. Vergleich zur Gütertrennung	372
II. Individuelle erbrechtliche Lösung	372
1. Geltungsbereich	372
2. Bedeutung	372
3. Der Ehegatte als Erbe	372
4. Der Ehegatte als Vermächtnisnehmer	373
III. Die Option der Ehegatten	373
1. Grundsatz	373
2. Der Erblasser	373
3. Der überlebende Ehegatte	374
4. Begrenzung der Wahl	374
5. Eheverträge	374
IV. Die güterrechtliche Lösung	375
1. Geltungsbereich	375
2. Bedeutung	375
3. Entscheidender Zeitpunkt	376
4. Die Höhe der Ausgleichsforderung	376
5. Vorempfänge	377
V. Ausbildungsanspruch	377
1. Grundgedanke	377
2. Berechtigte	377
3. Verpflichtete	377
4. Rechtsnatur des Anspruchs	378
5. Bedürftigkeit	378
6. Leistungsfähigkeit	378
7. Anspruchsinhalt	379
8. Grenzen	379
9. Mehrere Stiefabkömmlinge	380
10. Ausschluss und Verzicht	380
11. Zwangsverfügungen der Gläubiger	380
§ 37. Der deutsch-französische Güterstand der Wahl-Zugewinnngemeinschaft	381
I. Besonderheiten dieses Wahlgüterstandes	381
1. Idee und Ziel	381
2. Entstehungsgeschichte	381
3. Anwendungsbereich	382
4. Praktische Bedeutung	382
II. Vereinbarung durch Ehevertrag	383
1. Form	383
2. Registrierung	383
3. Rechtswahl	383
4. Dispositionsmöglichkeiten	383

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Gesetzliche Ausgestaltung	384
1. Grundidee	384
2. Geschäfte zur Führung des Haushalts	384
3. Die Verfügungsbeschränkungen	385
4. Die Zugewinnausgleichsforderung	386
a) Grundidee	386
b) Die Berechnung des Zugewinns	386
c) Die Zugewinnausgleichsforderung	387
d) Auskunftsansprüche	388
e) Vorzeitiger Zugewinnausgleich	388
f) Die Beendigung der Zugewinnngemeinschaft durch Tod eines Ehe- gatten	388
5. Fazit	388
§ 38. Die Gütergemeinschaft	389
I. Verbreitung	389
II. Struktur	389
1. Die Vermögensmassen	389
2. Gesamthänderische Bindung	390
3. Charakter der Gemeinschaft	390
4. Verhältnis der Vermögensmassen zueinander	391
5. Mehrheit von Gesamthandsverhältnissen	391
III. Gesamtgut	392
1. Umfang	392
2. Erwerb der Gesamthand	393
IV. Sondergut	394
1. Unübertragbarkeit	394
2. Funktion	394
V. Vorbehaltsgut	395
1. Begriff	395
2. Zuweisung durch Ehevertrag	395
3. Zuweisung durch Dritte	396
4. Surrogation	396
5. Verwaltung	396
6. Verhältnis zu Dritten	397
VI. Allgemeine Grundsätze der Verwaltung des Gesamtguts	397
1. Alleinverwaltung und gemeinschaftliche Verwaltung	397
2. Inhalt des Verwaltungsrechts	397
3. Missbrauch des Verwaltungsrechts	398
4. Gemeinsames Handeln bei Alleinverwaltung	398
5. Mängel in der Geschäftsfähigkeit	398
6. Bindungen	399
VII. Verwaltung des Gesamtguts durch einen Ehegatten	400
1. Aufgaben	400
2. Freiheiten des nicht verwaltenden Ehegatten	400
3. Ersetzung der Zustimmung	401
4. Folgen fehlender Einwilligung	401
5. Verfahrensführungsbefugnis	402
6. Haftung gegenüber Dritten	403
7. Interne Lastenverteilung	404

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VIII. Gemeinschaftliche Verwaltung des Gesamtguts	404
1. Grundsätze	404
2. Abweichungen	404
3. Interessenwahrung	405
4. Verfahren	406
5. Haftung gegenüber Dritten	406
6. Interne Lastenverteilung	407
IX. Ende des Güterstandes	407
1. Grundsatz	407
2. Tod eines Ehegatten	408
3. Scheidung und Aufhebung	408
4. Ehevertragliche Regelungen	408
5. Gerichtliche Aufhebung	408
X. Auseinandersetzung	409
1. Liquidationsgemeinschaft	409
2. Lockerung der Gesamthandsbindung	409
3. Verbindlichkeiten	410
4. Gesamtverwaltung	410
5. Auseinandersetzungsvertrag	410
6. Auseinandersetzung ohne Vertrag	411
7. Haftungserweiterung nach Teilung	411
8. Innenausgleich nach Teilung	411
XI. Besonderheiten der fortgesetzten Gütergemeinschaft	412
1. Eintritt	412
a) Begriff	412
b) Funktion	412
c) Voraussetzung	412
2. Die Gesamthand	412
3. Das Gesamtgut	413
4. Vorbehalts- und Sondergut	414
5. Verwaltung des Gesamtguts und Haftung der Gesamthänder	414
a) Verwaltung durch überlebenden Ehegatten	414
b) Gesamthandsschulden	414
c) Haftung der Gesamthänder	414
d) Gesamtgutslasten	415
6. Beendigung	415
7. Auseinandersetzung	415
a) Zielerreichung ohne Auseinandersetzung	415
b) Liquidationsgemeinschaft	415
c) Bindung und Verwaltung	415
d) Übernahmrechte	416
e) Teilung	416
f) Haftung der Abkömmlinge	416
§ 39. Gütertrennung	417
1. Bedeutung	417
2. Formen	417
3. Entstehung	417
4. Subsidiärer gesetzlicher Güterstand	418
5. Schutz Dritter beim Übergang zur Gütertrennung	418

Inhaltsverzeichnis

3. Abschnitt. Andere Lebensgemeinschaften

	Seite
§ 40. Erscheinungsformen und Problemstellungen	419
I. Befund und Problemstellung	419
1. Entwicklung	419
2. Gründe	420
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben	421
§ 41. Die eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft	422
I. Der Untergang des Abendlandes?	423
1. Problematik	423
2. Einheitlichkeit	424
II. Begründung	424
1. Bedeutung	424
2. Ausländische Lebensgemeinschaften	424
III. Wirkungen einer wirksam eingegangenen eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft	424
1. Äußere Wirkungen: Name, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz	424
2. Lebensgemeinschaft/Lebenszeitigkeit	425
3. Vermögensrecht	425
4. Unterhaltsrecht	426
5. Kinder	426
6. Erbrecht	427
7. Trennung	427
IV. Auflösung	428
1. Auflösungsarten	428
2. Neue Eheschließung	428
3. Umwandlung	429
a) Grundgedanke	429
b) Umwandlungsvoraussetzungen	429
c) Umwandlungsakt	431
d) Umwandlungswirkungen	431
e) Fehlerhaftigkeit der Umwandlung	431
4. Auflösung durch gerichtliche Entscheidung	432
a) Aufhebungsgründe	432
b) Form und Verfahren	434
c) Aufhebungsfolgen	434
§ 42. Faktische Lebensgefährten – Das Außenverhältnis	435
I. Faktische Lebensgemeinschaft und Staat	435
1. Grundsatz	435
2. Einzelfragen	436
II. Die faktische Lebensgemeinschaft und Dritte	437
1. Konfliktsituationen	437
2. Abgrenzungskriterien	438
III. Faktische Lebensgemeinschaft und Kinder	440
1. Zuordnung	440
2. Elterliche Sorge	440
3. Trennung	440
§ 43. Faktische Lebensgefährten – Das Innenverhältnis	441
I. Grundsatz	441

XXX

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Gestaltungsfreiheit	441
2. Einzelfragen	442
II. Unterhalt	443
1. Gesetzliche Verpflichtungen	443
2. Unterhaltsvereinbarungen	443
III. Vermögensrechtliche Beziehungen bei bestehender Gemeinschaft	444
1. Güterzuordnung	444
2. Ausgleich	444
IV. Vermögensrechtliche Beziehungen bei Auflösung der Gemeinschaft	445
1. Problematik	445
2. Güterverteilung	446
3. Ausgleichsansprüche	447

4. Abschnitt. Unterhaltsrecht

§ 44. Allgemeine Grundsätze des Unterhaltsrechts	451
I. Das gesamte Spektrum des Unterhaltsrechts	451
1. Gesetzliches Unterhaltsrecht	451
a) Regelungsbreite	451
b) Eigenverantwortlichkeit	451
c) Familienunterhalt	451
d) Trennungsunterhalt	452
e) Nachehelicher/nachpartnerschaftlicher Unterhalt	452
f) Unterhalt faktischer Lebensgefährten	452
g) Verwandtenunterhalt	452
2. Vertragliche Unterhaltsregelungen	453
II. Privatrechtliche Unterhaltspflichten und staatliche Leistungen	454
III. Unterhaltsberechtigung und Unterhaltsverpflichtung	455
IV. Art und Umfang der Unterhaltsleistung sowie Beendigung der Unterhaltspflichtigkeit	456
V. Billigkeit	458
VI. Konkurrenzen	459
1. Notwendigkeit einer Rangordnung	459
2. Rangordnung der Verpflichteten	459
a) Vorrang des Ehegatten	459
b) Rangordnung der verpflichteten Verwandten	459
c) Haftung des nachrangig Verpflichteten	459
d) Unterhalt und Sozialleistungen	460
3. Rangordnung der Berechtigten	461
a) Rangordnung	461
b) Der Zeitpunkt des Eintritts der Bedürftigkeit	461
c) Gesamtgut	461
VII. Geltendmachung und Durchsetzung	461
1. Notwendigkeit des Auskunftsanspruchs	461
2. Unterhalt für die Vergangenheit	462
3. Gerichtliche Geltendmachung	463
VIII. Schutz des Unterhalts	464
1. Vielfalt der Sicherungsmaßnahmen	464
2. Sicherung gegen unterhaltsfremde Erfüllung und Verhinderung eines Zugriffs Dritter	464
3. Schutz vor Minderungen der zur Verfügung stehenden Mittel	464

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 45. Besonderheiten des nahehelichen/nachpartnerschaftlichen Unterhalts	464
I. Grundsätze	465
1. Eigenverantwortung und Enumerationsprinzip	465
2. Rechtfertigung	465
3. Anspruchsnatur	466
II. Betreuung gemeinschaftlicher Kinder	466
1. Selbständiger Tatbestand	466
2. Grundsatz	467
3. Gemeinschaftliche Kinder	467
4. Zumutbarkeit der Erwerbstätigkeit	468
5. Privilegierung	470
III. Alter	471
1. Normzweck und Einsatzzeit	471
2. Altersgrenzen	472
3. Versorgungsausgleich	472
IV. Krankheit, Gebrechen, Schwächen	472
1. Erwerbstätigkeit hindernde Zustände	472
2. Legitimation	473
3. Folgetatbestand	473
4. Vortatbestand	474
V. Ausbildung, Fortbildung, Umschulung	474
1. Der Anspruch auf Unterhalt	474
2. Voraussetzungen und Grenzen des Anspruchs	474
3. Sozialleistungen	475
VI. Erwerbslosigkeit	475
1. Erwerbsfähigkeit	475
2. Einsatzzeitpunkt	476
3. Nachhaltigkeit	476
4. Bemühungen um angemessene Erwerbstätigkeit	477
VII. Unterhalt aus Billigkeitsgründen	478
1. Die positive Billigkeitsklausel	478
2. Situationen	478
3. Einzelfallabwägung	479
4. Vortatbestand	479
VIII. Aufstockungsunterhalt	479
1. Tatbestand	479
2. Kritik	480
IX. Ausschluss eines an sich gegebenen Unterhaltsanspruchs	480
1. Die negative Billigkeitsklausel	480
2. Eine kurze Ehedauer	480
3. Verfestigte Lebensgemeinschaft	481
4. Verbrechen und schwere vorsätzliche Vergehen	482
5. Mutwillig herbeigeführte Bedürftigkeit	482
6. Unterhaltsbezogenes Fehlverhalten	483
7. Offensichtlich schwerwiegendes Fehlverhalten	484
8. Andere Gründe	485
9. Subsidiäre Haftung der Verwandten	485
X. Besonderheiten der Berechnung	485
1. Maßstab	485
2. Der Lebensbedarf	489

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Bedürftigkeit	489
4. Teilunterhalt	489
5. Ergänztender Unterhalt	489
XI. Begrenzung und Befristung	489
1. Die generelle Begrenzungs- und Beschränkungsmöglichkeit	490
2. Begrenzung	490
3. Befristung	492
§ 46. Besonderheiten des Anspruchs aus § 1615l BGB	493
I. Bedeutung des § 1615l BGB	493
1. Rechtsnatur der Unterhaltsbeziehung	493
2. Art der Ansprüche und Anwendungsbereich	493
II. Der Anspruch auf Betreuungsunterhalt	494
1. Grundsatz	494
2. Der „verlängerte“ Betreuungsunterhalt	495
3. Verwirkung	496
4. Maß und Rang	496
III. Geltendmachung der Rechte	498
1. Ausübungssperre	498
2. Tod des Vaters	498
3. Einstweilige Anordnung	498
4. Leistungen für die Vergangenheit	499
§ 47. Besonderheiten im Kindesunterhalt	499
I. Überblick	499
II. Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	500
1. Besonderheiten bei Bedarf und Bedürftigkeit	500
2. Besonderheiten der Leistungsfähigkeit	501
3. Besonderheiten beim Familienunterhalt	502
III. Ausbildung	502
1. Berufsausbildung	502
2. Zweitausbildungen	504
3. Öffentliche Ausbildungsförderung	504
IV. Art des Unterhaltes	505
1. Begriffe	505
2. Bestimmungsrecht der Eltern	505
3. Rechtsausübung	505
4. Grenzen	506
5. Kontrolle	507
V. Berechnung und Anteile der Eltern	507
1. Orientierungsgrößen	507
2. Betreuung	508
3. Wechselmodell	509
4. Volljährige	509
5. Die Anteile der Eltern am Barunterhalt	509
6. „Anrechnungen“	510
7. Teilschulden	510
8. Gerichtliche Durchsetzung	511
9. Ausgleich zwischen den Eltern	511
VI. Rang	511

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VII. Unterhalt vor Zuordnung	512
1. Fehlende Vaterzuordnung	512
2. Ziel	512
3. Antrag und Glaubhaftmachung	512
4. Änderung und Ende	513
5. Nichtvaterschaft	513
§ 48. Besonderheiten im Elternunterhalt und im Mehrgenerationenverhältnis	513
I. Problematik des Elternunterhalts	514
1. Gesellschaftliche Realitäten	514
2. Sozialrecht und Unterhaltsrecht	514
3. Die rechtspolitische Debatte	515
II. Die Bedarfsseite	516
1. Der Umfang des Bedarfs	516
2. Bedarfsdeckung	517
III. Die Leistungsseite	517
1. Einkommensermittlung	517
2. Vermögenstammverwertung	518
3. Selbstbehalt	518
4. Familienselbstbehalt	518
5. Anspruchsausschluss	519
IV. Die Problematik der Unterhaltsbeziehungen im Mehrgenerationenverhältnis	519
5. Abschnitt. Kinder	
A. Rechtliche und tatsächliche Ausgangssituation – Familie und Jugendhilfe	
§ 49. Gesellschaftliche Strukturen und internationale Wertordnung	521
I. Familiäres Umfeld	521
1. Sozio-demographische Sicht	521
2. Das gesellschaftliche Bild	521
3. Das Spektrum familiärer Verhältnisse	522
II. Internationale Vorgaben und Blick ins Ausland	523
1. Internationale Abkommen	524
2. Ausland	524
III. Rechtliche Entwicklungen in Deutschland	525
§ 50. Familienrecht und Jugendrecht	526
I. Träger der Jugendhilfe	527
II. Jugendhilferecht und Familie	527
III. Familienrecht und öffentliches Recht	529
§ 51. Öffentliche Organe im Kindschaftsrecht	530
I. Gerichte	530
1. Zuständigkeiten	530
2. Art der Tätigkeit	530
3. Das Verfahren vor den Familiengerichten	531
4. Rechtliches Gehör	532

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Verfahrensbeistand	534
6. Haftung	534
II. Jugendamt	536
1. Behördenaufbau	536
2. Träger	536
3. Mitwirkende	536
4. Aufgaben	536
 B. Eltern-Kind-Zuordnung 	
§ 52. Zuordnungsgrundsätze	537
I. Rechtliche Eltern-Kind-Zuordnung	538
1. Bedeutung der rechtlichen Eltern-Kind-Zuordnung	538
a) Rechtliche Ausgestaltung	538
b) Mehrelternschaft?	539
c) <i>Inter omnes</i> -Wirkung	540
d) Rechte und Pflichten	540
2. Arten der rechtlichen Zuordnung	541
a) Abstammung und Adoption	541
b) Was ist Abstammung?	541
c) Neubestimmung	542
II. Leitlinien der Eltern-Kind-Zuordnung außerhalb der Adoption	543
1. Statusklarheit, Statuswahrheit, Statusbeständigkeit	543
2. Verantwortung	544
3. Kindeswohl	545
4. Das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner genetischen Abstammung	545
5. Offenbarungspflichten der Eltern	546
6. Das Recht auf Kenntnis des eigenen Nachwuchses	548
7. Abstammungserklärung	549
§ 53. Mütterliche Abstammung	551
I. Grundsatz	552
1. Bedeutung der Mutterzuordnung	552
2. Kriterien der Mutterzuordnung	552
3. Folgerungen	553
4. Korrekturmöglichkeiten	555
II. Ausländische Vorgänge	556
III. Vertrauliche Geburt	558
1. Notsituation	559
2. Gesetzliche Regelung	559
3. Rechtliche Mutter	560
IV. Rechte des Kindes	560
V. Kritik	561
§ 54. Vater-Kind-Zuordnung	561
I. Allgemeines	561
1. Statusbegründung	561
2. Ein-Vater-Prinzip	562
3. Formen und Folgen	563
II. Der Ehemann der Mutter	564
1. Grundregel	564

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Entscheidender Zeitpunkt	565
3. Mehrfachzuordnungen	566
4. Abweichungen	566
III. Anerkennung der Vaterschaft	569
1. Erklärungsart	569
2. Erklärungsrichtung	572
3. Die Zustimmung der Mutter	572
4. Die Zustimmung des Kindes	574
5. Pränatale Anerkennung	575
6. Präkonzeptionelle Anerkennungen	575
7. Selbstbestimmung und Fremdbestimmung	575
8. Form	576
9. Fristen	576
10. Bestandsschutz	577
IV. Gerichtliche Vaterschaftsfeststellung	578
1. Ziel	578
2. Antragserfordernis	579
3. Postmortale Vaterschaftsfeststellung	580
4. Feststellung und Unterhalt	581
5. Die richterliche Überzeugung	581
6. Beweis	582
7. Beiwohnung	583
8. Schwerwiegende Zweifel	583
9. Beteiligung Dritter	584
10. Rechtskraft	584
11. Revision der gerichtlichen Vaterschaftsfeststellung	585
V. Anfechtung der Vaterschaft	585
1. Grundsatz. Ziel	586
2. Anfechtungsberechtigt	586
3. Selbstbestimmung und Fremdbestimmung	590
4. Anfechtungsgrund	592
5. Anfechtungsfristen	593
6. Vaterschaftsvermutungen	595
7. Folgen erfolgreicher Vaterschaftsanfechtung	596
8. Revision der Revision	599

C. Eltern-Kind-Verhältnis

§ 55. Allgemeine Wirkungen der Abstammung	599
I. Name des Kindes	599
1. Grundstruktur	600
2. Ehe name der Eltern	601
3. Änderungen des Ehenamens	603
4. Kein Ehe name der gemeinsam sorgeberechtigten Eltern	603
5. Kein Ehe name und keine gemeinsame Sorge der Eltern	605
6. Späterer Erwerb eines gemeinsamen Ehenamens	607
7. Spätere Begründung der gemeinsamen elterlichen Sorge	608
8. Weitere Änderungsmöglichkeiten	608
9. Vornamen	610
10. Der Elternstreit	613
11. Eintragung	613

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Staatsangehörigkeit	613
1. Grundsatz	614
2. Ius sanguinis	614
3. Ius soli	615
4. Änderungen	615
III. Wohnsitz	616
1. Gesetzlicher Wohnsitz	616
2. Gewillkürter Wohnsitz	616
IV. Beistand und Rücksicht	617
1. Die Verpflichteten	617
2. Bedeutung	617
3. Rechtstheoretische Präzisierung	618
§ 56. Folgen der Hausgemeinschaft	619
I. Pflicht zu Dienstleistungen	619
1. Bedeutung und Grundgedanke	620
2. Tatbestand	620
3. Vertragliche Überlagerung	621
4. Mehrleistungen/Zweckverfehlung	622
5. Schutz der Gläubiger	623
6. Drittschäden	623
7. Mehrarbeit	624
II. Aufwendungen des Kindes für den elterlichen Haushalt	624
1. Das Vermögen	624
2. Ratio	624
3. Zweifel	625
§ 57. Ausstattung und verwandte Zuwendungen	625
I. Ausstattung	625
1. Zuwendungen	625
2. Anlass und Zweck	626
3. Bereicherung des Kindes	626
4. Zuwendungen an den Kindesgatten	626
5. Gegenstand	627
6. Unentgeltliche Zuwendung	627
7. Zweckverfehlung	628
II. Einzelne Anwendungsfragen	628
1. Aussteuer	628
2. Form	629
III. Verwandte Zuwendungen	629
1. Zuwendungen von Dritten	629
2. Unentgeltliche promissorische Zuwendungen Dritter	629
§ 58. Grundkonzeption der elterlichen Sorge	630
I. Einheit und Teile	630
1. Subjektives Recht	630
2. Absolutes Recht	630
3. Dualistische Sorge	631
4. Teilbereiche	631
II. Beginn und Ende	632
1. <i>Ex lege</i> -Sorgerechtsinhaberschaft	632

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Beginn und Vorwirkungen	632
3. Ende und Nachwirkungen	633
III. Sorgerechtsinhaber	633
1. Miteinander verheiratete Eltern	634
2. Gemeinsame Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern	634
3. Alleinsorge	637
4. Familienrechtliches Schutzverhältnis nicht gemeinsam sorgeberechtigter Eltern	638
IV. Die Stellung des Kindes	639
1. Rechtssubjektivität des Kindes	639
2. Pflichtrecht	640
3. Das Wohl des Kindes	641
V. Elterliche Sorge und Entwicklung des Kindes	642
1. Ziel	642
2. Mündigkeit	643
3. Teilmündigkeiten	643
4. Einwilligungen	644
5. Selbstgefährdung	645
6. Prozessuale Weigerungsrechte	645
7. Interne Selbstbestimmung	646
VI. Elterliche Sorge und Zwangsausübung	647
1. Selbstschutz	647
2. Gewaltfreier Zwang	648
3. Zwang unter Anwendung von Gewalt	648
4. Zwang und Strafe	649
5. Befugnisse Dritter	649
6. Staatliche Unterstützung	649
VII. Elterliche Sorge und Rechtsverkehr	651
1. Arten der Interessenwahrnehmung im Rechtsverkehr	651
2. Innen- und Außenverhältnis	652
3. Handlungen außerhalb der Handlungsmacht	653
VIII. Haftung	653
1. Haftung der Eltern dem Kind gegenüber	653
2. Haftung der Eltern Dritten gegenüber	656
3. Haftung des Kindes für Akte der Eltern	656
§ 59. Die Personensorge	657
I. Umfassende Bedeutung der Personensorge	657
1. Erziehung und Persönlichkeit	657
2. Erziehung im weiteren Sinne	658
3. Erziehung und Ausbildung	658
II. Das religiöse Bekenntnis	659
1. Selbstbestimmung	659
2. Religionsunterricht	659
3. Elterliche Bestimmung	660
III. Einzelfragen	660
1. Aufenthaltsbestimmung und Umgang	661
2. Ärztliche Betreuung	662
3. Unterbringung und andere freiheitsentziehende Maßnahmen	663
4. Aufsichtspflicht	665

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 60. Vermögenssorge	667
I. Fremdnützigkeit	667
1. Grundsatz	667
2. Kindesunterhalt	668
3. Überschüsse	669
4. Aufwendungen der Eltern	670
II. Rechenschaft	670
1. Verpflichtung	670
2. Umfang	670
3. Zeitpunkt	671
4. Geltendmachung	671
5. Inventarisierung	671
III. Surrogation	672
1. Tatbestand	672
2. Grenzen	672
3. Ratio	673
4. Mittel des Kindes	673
IV. Kapitalanlage	673
1. Grundsatz der freien Verwaltung	673
2. Ausnahmen	674
3. Geld	674
V. Fortführung der Geschäfte	675
1. Tod des Kindes	675
2. Schutz der Eltern	675
§ 61. Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge	675
I. Die Problematik und ihre Grenzen	676
1. Bindung	676
2. Inhalte	676
3. Ausfall eines Elternteiles	677
4. Eil- und Notfälle	677
5. Trennung	678
II. Willensbildung und Elternstreit	679
1. Elterneinigung	679
2. Elternstreit	680
3. Streitentscheidung	680
4. Vetosystem in Bagatellsachen	681
5. Form der Entscheidung	682
6. Alleinvertretung des Entscheidungsberechtigten	683
III. Vertretung des Kindes	683
1. Gesamtvertretung	683
2. Getrenntes Handeln bei Gesamtvertretung	684
3. Erklärungsmängel	684
4. Einzelvertretung	685
5. Interessenkollisionen	686
6. Unterhaltsansprüche	687
IV. Verfahrensstandschaft	688
1. Grundsatz	688
2. Umfang	688
3. Wirkungen	689

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 62. Schutz des Kindes: Die Generalklausel	689
I. Sanktionsloses elterliches Fehlverhalten	690
1. Formen des Rechtsschutzes	690
2. Verantwortungsgemeinschaft von Familiengericht und Jugendamt	690
II. Kindeswohlgefährdung	692
1. Bedeutung des § 1666 BGB	692
2. Tatbestand des § 1666 BGB	692
3. Ausmaß der Gefährdung	693
4. Gefährdungsabwendungsprimat	695
5. Typische Gefährdungssituationen im Bereich der Personensorge	696
6. Speziell: Rechtsschutz des <i>nasciturus</i>	698
7. Speziell: Rechtsschutz des Pflegekinde	699
8. Speziell: Rechtsschutz bei Umgangsvereitelung	700
9. Maßnahmen im Rahmen der Personensorge	700
10. Trennung von Eltern und Kindern	702
11. Typische Gefährdungssituationen im Bereich der Vermögenssorge	703
12. Maßnahmen im Rahmen der Vermögenssorge	703
13. Einstweilige Anordnung	704
14. Folgewirkungen beim anderen Elternteil	704
15. Vormund, Pfleger	705
16. Änderung gerichtlicher Kindeschutzmaßnahmen	705
§ 63. Kindeschutz durch Ausschluss der elterlichen Handlungsmacht	706
I. Entzogene Bereiche	706
1. Eigengesetzlichkeit einzelner Rechtsverhältnisse	707
2. Verwaltungsrechte Dritter	707
3. Ausschluss der elterlichen Vermögenssorge	708
4. Ausschluss eines Elternteils	709
II. Schenkungsverbot	709
1. Grundsatz	709
2. Anstandsschenkung	710
3. Schenkungsverpflichtung	710
III. Insichgeschäfte	710
1. Grundsatz und Ausnahmen	711
2. Teleologische und formale Rechtsanwendung	711
3. Ersatzgeschäft	712
4. Auswirkungen	712
5. Erbschaftsauseinandersetzung	713
6. Schenkungen der Eltern	713
7. Familiengesellschaften	714
IV. Weitere Interessenkollisionen	715
1. Prozessvertretung	715
2. Rechtsgeschäfte mit Angehörigen	716
3. Rechtsgeschäfte mit Eigeninteressen der Eltern	716
4. Eheleiche Befangenheit	717
5. Entzug der Handlungsmacht	717
6. Folgen	719
7. Handeln ohne Vertretungsmacht	719
§ 64. Kindeschutz durch familiengerichtliche Genehmigung	719
I. Die Genehmigung durch das Familiengericht	719
1. Rechtsnatur	719

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Genehmigungsarten	720
3. Wirkung	721
4. Einseitige Rechtsgeschäfte	721
5. Genehmigungspflichtige Verträge	722
6. Schwebezustände	723
7. Initiative	724
8. Prüfungsmaßstab	724
9. Vorbehalte	725
10. Negativattest	725
11. Nicht genehmigte Rechtsgeschäfte	725
12. Volljährigkeit des Kindes	726
II. Umfang und Grenzen der Genehmigungspflichtigkeit	726
1. Interpretationsgrundsätze	726
2. Handlungsformen	727
3. Geschäfte außerhalb der elterlichen Sorge	728
4. Prozessführung	728
5. Gesamthand und juristische Person	729
6. Konkurrenz von Genehmigungspflichten	730
7. Allgemeine Ermächtigung	730
8. Erfüllungsgeschäfte	730
III. Genehmigungspflichtige Akte	731
1. Zersplitterungen	731
2. Übersicht	731
3. Erbausschlagung	732
4. Grundstücksgeschäfte	733
5. Gesamtvermögensgeschäfte	735
6. Erwerbsgeschäfte	735
7. Wiederkehrende Leistungsverpflichtungen	738
8. Wertpapiere	740
9. Kreditgeschäfte	740
10. Übernahmen einer fremden Verbindlichkeit	740
11. Neue Erwerbsgeschäfte	741
§ 65. Kindesschutz durch Begrenzung fremdverursachter Schulden	742
I. Anliegen und praktische Bedeutung	742
II. Erfasste Verbindlichkeiten	743
III. Einrede und ihre Folgen	745
§ 66. Elterliche Sorge getrenntlebender Eltern	747
I. Unabhängigkeit elterlicher Sorgegemeinschaft vom Zusammenleben der Eltern	747
1. Grundsatz	747
2. Getrenntlebende Eltern: Residenzmodell (§ 1687 BGB)	747
3. Getrenntlebende Eltern: Wechselmodell	750
II. Neuordnung der Sorgekompetenzen bei Einigkeit der Eltern	751
1. Bisherige gemeinsame elterliche Sorge	752
2. Antrag	752
3. Elterneinigkeit	753
4. Die Möglichkeiten des Gerichts	753
5. Der Widerspruch eines Kindes	754
6. Eingriffe nach § 1666 BGB	754
	XLI

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Gerichtliche Gestaltung der Sorgerechtsverhältnisse: Allgemeine Vorgaben	755
1. Bedeutung	755
2. Allgemeine Grundsätze	755
3. Wortlaut, Systematik und Ratio	756
IV. Gerichtliche Neuordnung im Einzelnen	757
1. Überblick über die Regulationssituationen	757
2. Elternautonomie	758
3. Kindeswohl, Kindeswille, Kindesbeteiligung	758
4. Entscheidungsfaktoren	760
5. Gestaltungsmöglichkeiten	762
6. Verfahren	763
V. Änderungsmöglichkeiten	765
1. Fragestellung	765
2. Anwendungsbereich	765
3. Voraussetzung	766
4. Änderungsgesichtspunkte	767
§ 67. Umgangsrechte	769
I. Überblick	769
II. Umgang im Eltern-Kind-Verhältnis	770
1. Rechtsnatur	770
2. Zweck des Umgangsrechts	772
3. Berechtigte	773
4. Inhalt, autonome Ausgestaltung und Wohlverhaltensklausel	773
5. Gerichtliche Regelungen	775
III. Umgang im Verhältnis von Kind und Verwandten	778
1. Grundsatz	779
2. Personenkreis	779
3. Regelungsmöglichkeiten	780
IV. Umgangsberechtigung aus einer früheren oder bestehenden sozial-familiären Beziehung	781
1. Bedeutung	781
2. Folgerungen	783
V. Umgangsberechtigung des „nur“ genetischen Elternteils	783
1. Anlass	783
2. Die Rolle des „nur“ genetischen Vaters	784
3. Die Feststellung der genetischen Vaterschaft	784
4. Rechtlicher Vater	785
5. Der Nachweis eines ernsthaften Interesses	785
6. Die Kindeswohl dienlichkeit	785
7. Auskunft	786
8. Fazit	786
§ 68. Elterliche Sorge und Dritte	786
I. Mitwirkung Dritter	787
1. Grundsätzliche Unübertragbarkeit der elterlichen Sorge	787
2. Vertragliche Ausübungsübertragung	787
3. Ausübungsübertragungen <i>ex lege</i> und auf Antrag	788
II. Die Position des Stiefelternteils	789
1. Deutung	789
2. Inhalt	790

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Die Trennung der Ehegatten/Lebenspartner	791
4. Ruhen und Ende der elterlichen Sorge	791
5. Rechtliche Unterhaltspflicht	793
III. Position der Pflegeeltern	793
1. Tatsächliche Familienpflege	793
2. Kompetenzen	794
3. Verbleibensanordnung	795
IV. Der Beistand	796
1. Charakterisierung	796
2. Hintergrund	796
3. Aufgabenkreis	797
4. Antragsberechtigung	799
5. Eintritt, Wirkungen, Ende	800
V. Der Pfleger	801
1. Funktion	801
2. Wirkung	801
3. Abgrenzung	802
4. Zuständigkeit	802
VI. Schutz gegenüber Dritten	802
1. Ausschluss Dritter	802
2. Herausgabeverlangen	803
3. Vorenthalten	804
4. Einwendungen und Verbleibensanordnungen	804
5. Zuständigkeit und Verfahren	806
6. Herausgabe und Vollzug	806
7. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	807
8. Deliktischer Schutz	807
§ 69. Ausfall der Eltern oder eines Elternteils	808
I. Übersicht	808
1. Ausfallgründe	808
2. Beteiligte	808
II. Tatsächliche Verhinderung	809
1. Arten	809
2. Folge	809
III. Ruhen der elterlichen Sorge	810
1. Anlass	810
2. Ruhen kraft Gesetzes	810
3. Gerichtliche Feststellung	811
4. Folgen	812
IV. Tod, Todeserklärung und Sorgerechtsentzug	813

D. Adoption

§ 70. Annahme Minderjähriger	814
I. Grundkonzept der Adoption	814
1. Statusverändernder Rechtsakt	814
2. Sozialpolitischer Zweck	814
II. Rechtliche Struktur	815
1. Dekretsystem	815

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Volladoption	816
3. Absicherungen	816
III. Zuordnungstypen	816
1. Übersicht	816
2. Originäre gemeinschaftliche Adoptionen	816
3. Sukzessive originäre gemeinschaftliche Adoption	818
4. Originäre Einzeladoptionen	818
5. Ergänzende Einzeladoptionen	819
6. Externe und interne Adoptionen	820
7. Mutationen der Adoptionsformen	820
8. Zweitadoptionen	820
IV. Praktisches und Rechtsstatsächliches	821
1. Adoptionsvermittlung	821
2. Inkognitoadoptionen	821
3. Offenbarungs- und Ausforschungsverbot und offene Adoption?	822
4. Probezeit	823
5. Statistisches	823
V. Der Annehmende	823
1. Mindestalter	823
2. Geschäftsfähigkeit	824
3. Kinderlosigkeit	824
4. Elternverhalten	824
5. Antrag	825
VI. Die Rolle des Kindes	826
1. Familienstand	826
2. Alter	826
3. Die Einwilligung des Kindes	826
4. Kindesvertretung bei ergänzender Adoption	827
5. Die Erklärung der Einwilligung	828
6. Der Widerruf des Kindes	828
7. Verweigerung	828
8. Ende der Wirkung	828
9. Die „Stimme“ des Kindes	829
VII. Einwilligung der Eltern	829
1. Elternrecht und Adoption	829
2. Eltern des Kindes	830
a) Mutter und Vater	830
b) Besonderheiten für den nichtehelichen Vater	830
c) Genetischer Vater und Vaterschaftsprätendent	831
d) Unbekannter Vater	832
e) Bei der vertraulichen Geburt	833
3. „Schonfrist“	833
4. Erklärungsakt	834
5. Verzichtbarkeit der Einwilligung	835
6. Ersetzung der elterlichen Einwilligung	835
a) Zulässigkeit	835
b) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	836
c) Grobe anhaltende Pflichtverletzung	837
d) Besonders schwerwiegende Pflichtverletzungen	838
e) Gleichgültigkeit	839
f) Dauernde Unfähigkeit	840

Inhaltsverzeichnis

	Seite
g) Der nicht sorgeberechtigte nichteheliche Vater	840
h) Weitere Situationen	841
7. Das Verfahren der Ersetzung	841
8. Wirkungen der Einwilligung	842
VIII. Weitere Einwilligungen	843
1. Ehegatte/Partner des Annehmenden	843
2. Ehegatte des Kindes	844
3. Großeltern und Kinder der Beteiligten	844
IX. Das Adoptionsdekret	844
1. Bedeutung	844
2. Entscheidungskriterien	845
a) Kindeswohl	845
b) Interessen Dritter	845
c) Das Verhalten der Adoptierenden	846
d) Der Tod des Annehmenden	846
3. Ermittlungen	846
X. Wirkungen: Grundsatz der Volladoption	846
1. Familienwechsel: Grundsatz und Ausnahmen	846
2. Namensrecht	847
3. Finanzielle und vermögensrechtliche Konsequenzen	849
4. Persönliche Kontakte	849
XI. Adoptionen mit Verwandtenvorbehalt	850
1. Verwandtenmehrung	850
2. Familieninterne Adoptionen	850
3. Stiefkindadoption	851
XII. Aufhebung des Annahmeverhältnisses	852
1. Grundsatz	852
2. Unwirksamkeit, Verletzung von Anhörungsrechten und Aufhebbarkeit	852
3. Aufhebungsmöglichkeiten	854
4. Aufhebungsgründe des § 1760 BGB	855
a) Relevante und irrelevante Mängel	855
b) Heilungen	855
c) Das Wohl des Kindes	856
d) Der Antrag	856
5. Aufhebungsgrund des § 1763 BGB	857
6. Aufhebungswirkungen	857
7. Rechtspolitische Würdigung	858
§ 71. Annahme Volljähriger	859
I. Rechtfertigung	859
1. Grundsatz	859
2. Anwendbare Regelungen	859
II. Voraussetzungen	860
1. Sittlich gerechtfertigt	860
2. Antrag und Einwilligungen	861
3. Das Dekret	861
III. Folgen der Adoption	861
1. Verwandtschaft und Schwägerschaft	861
2. Namen	861
3. Erbrecht	862

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Unterhalt	862
5. Besonderheiten der Adoption mit den Wirkungen einer Minderjährigenadoption	862
IV. Aufhebung	862
1. Aufhebung der Volljährigenadoption	862
2. Aufhebung der „starken Adoption“	863
 6. Abschnitt. Sonstige Schutzverhältnisse	
A. Vormundschaft	
§ 72. Das Institut der Vormundschaft	865
I. Voraussetzungen	865
1. Minderjährigkeit	865
2. Mängel der elterlichen Sorge	865
3. Unbekannter Familienstand	866
4. Pränatale Bestellung	866
II. Arten	866
1. Einzelvormundschaft	866
2. Vereinsvormundschaft	867
3. Gesetzliche Amtsvormundschaft	867
4. Bestellte Amtsvormundschaft	868
5. Subsidiarität	868
6. Praktische Bedeutung	868
III. Anordnung der Vormundschaft	868
1. Grundsatz	868
2. Fehlerhafte Anordnungsbeschlüsse	869
IV. Auswahl des Einzelvormunds	869
1. Grundsätze	869
2. Recht auf Bestellung	870
3. Auswahlgrundsätze	872
4. Übernahmepflicht	873
5. Zwang	874
V. Bestellung des Einzelvormunds	874
1. Bestellungsakt	874
2. Bestellung unter dem Vorbehalt der Entlassung	875
3. Zuständigkeit und Urkunde	875
VI. Der Mitvormund	875
1. Ausnahmecharakter	875
2. Formen	875
3. Gemeinschaftliche Mitvormundschaft	876
4. Geteilte Mitvormundschaft	876
VII. Der Gegenvormund	876
1. Unterschiedliche Funktionen	876
2. Bestellung	876
3. Aufgaben	876
§ 73. Struktur der Vormundschaft	877
I. Vormundschaften des öffentlichen und des privaten Rechts	877
1. Surrogate der elterlichen Sorge	877

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Öffentliche Fürsorge?	877
3. Amtsvormundschaft	878
II. Die elterliche Sorge als Vorbild	878
1. Ähnlichkeiten	878
2. Subjektives Recht sui generis	878
3. Bestandteile	879
4. Grenzen der Rechtsmacht	879
5. Gegenvormundschaft	879
III. Außenwirkungen	879
1. Vertreterstellung	879
2. Gesamtvertretung	880
IV. Vormund und Familiengericht	880
1. Zuständigkeiten	880
2. Selbständigkeit des Vormunds	880
3. Aufsicht, Gebote und Verbote	881
4. Aufsicht und andere Maßnahmen	882
5. Unterbringung und Freiheitsentziehung	882
6. Religiöse Erziehung	882
7. Sicherungen	882
8. Durchsetzung	883
V. Haftung des Vormunds	883
1. Maßstab	883
2. Pflichtwidrigkeiten	883
3. Haftung für Dritte	884
VI. Mitwirkung Dritter	884
1. Fallgruppen	884
2. Konkurrierende Betreuung	885
3. Pflegschaft	885
4. Genehmigungspflichtige Akte	885
5. Personensorge	885
6. Vermögenssorge	886
7. Erbschaft	886
8. Weitere gebundene Geschäfte	886
9. Vergleich	887
10. Sicherheiten	887
11. Erwerbsgeschäft	887
VII. Ansprüche des Vormunds	888
1. Grundsatz	888
2. Der Aufwendungsersatzanspruch	889
§ 74. Personensorge und Vermögenssorge	889
I. Personensorge	889
1. Grundsatz stärkerer Kontrolle	889
2. Erziehung	889
3. Religion	890
4. Elterlicher Umgang	890
5. Aufenthaltsbestimmung	890
II. Grundzüge der Vermögenssorge	890
1. Charakterisierung	890
2. Rechenschaftspflichten	890
3. Rechnungsprüfung	892

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Kapitalanlage	892
1. Grundsatz	892
2. Mündelsichere Anlagen	893
3. Nicht mündelsichere Anlagen	893
4. Kontrollierende Genehmigungen	894
5. Sperrvermerk	895
6. Inhaberpapiere	895
7. Ausnahmen	896
8. Überwachung	896
9. Forderungen; Wertpapiere	896
10. Genehmigungsfreiheit	898
11. Grenzen der Aufsicht	898
§ 75. Ende der Vormundschaft	898
I. Beendigungsgründe	898
1. Wegfall der Voraussetzungen	898
2. Fortbestehendes Fürsorgebedürfnis	898
3. Verschollenheit	899
II. Ende des Amtes	899
1. Tod	899
2. Entlassung von Amtes wegen	899
3. Kindesgefährdungen	899
4. Entlassung auf Antrag	901
III. Folgen	901
1. Ende der Rechtsmacht	901
2. Abwicklung	902
3. Verzicht	903
§ 76. Sonderformen der Vormundschaft	903
I. Bedeutung	903
II. Befreite Vormundschaft	903
1. Tatbestand	903
2. Ausmaß	903
3. Ende	904
III. Amtsvormundschaft	904
1. Ausübung	904
2. Besonderheiten	904
3. Haftung	905
IV. Vereinsvormundschaft	905
1. Ausübung	905
2. Besonderheiten	905
B. Schutzverhältnisse auch für Volljährige	
§ 77. Die Pflegschaft	905
I. Zweck und Arten	905
1. Arten	905
2. Familienrechtliche Pflegschaften	906
II. Allgemeine Regeln	907
1. Normengefüge	907
2. Voraussetzungen und Umfang	907

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Handlungsmacht des Pfleglings	907
4. Unterpflegschaft	908
5. Ende	908
III. Pflegschaft für den nasciturus	908
1. Rechtsfähigkeit	908
2. Beschränkte Rechtsfähigkeit	909
3. Verhinderung der Sorgerechtsinhaber	909
4. Fürsorgebedürfnisse	909
5. Ende	910
6. Nondum conceptus	910
7. Keimzellen	911
IV. Ersatzpflegschaft	911
V. Ergänzungspflegschaft	911
1. Aufgabe	911
2. Verhinderung	911
3. Fürsorgebedürfnis	913
4. Drittinteressen	913
5. Einzelfälle	913
6. Vermögensverwaltung	914
7. Anzeige	915
8. Auswahl des Ergänzungspflegers	915
9. Befreite Pflegschaft	916
10. Ende	916
VI. Abwesenheitspflegschaft	916
1. Grundsatz	916
2. Vermögenspflegschaft	917
3. Drittinteressen	917
4. Gesetzlicher Vertreter	918
5. Verschollenheit und Tod	918
6. Regelung von Nachlässen	919
7. Ende	919
§ 78. Die Betreuung	920
I. Betreuung statt Vormundschaft oder Pflegschaft	920
1. Anliegen des Betreuungsgesetzes	920
2. Grundstruktur der Betreuung	923
II. Der betroffene Personenkreis	926
1. Der medizinische Befund	926
2. Unfähigkeit	926
3. Erforderlichkeit	927
III. Das Verfahren	930
1. Verfahrenseinleitung	930
2. Verfahrensgrundsätze	931
3. Zuständigkeit	931
4. Anhörungen	932
5. Sachverständigengutachten	933
6. Verfahrenspfleger	933
IV. Der Betreuer	934
1. Natürliche Person	934
2. Vereins- und Behördenbetreuung	936
3. Auswahl	937

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Entgelt	939
5. Haftung	939
6. Verlängerungsentscheidung und Entlassung	940
V. Das Betreuungsverhältnis	940
1. Das Innenverhältnis Betreuer – Betreuter	940
2. Das Außenverhältnis	941
3. Ärztliche Behandlung	942
a) Problematik	942
b) Normale ärztliche Behandlung	942
c) Risikoreiche Maßnahmen und Behandlungsabbruch	943
d) Zwangsbehandlung	943
e) Freiheitsentziehende Maßnahmen	943
f) Sterilisation	944
g) Bevollmächtigung und Verzicht	944
4. Patientenverfügungen	945
5. Betreuungsverhältnis und Einwilligungsvorbehalt	946
6. Betreuungsverhältnis und Geschäftsfähigkeit	947
Gesetzesregister	949
Sachregister	963


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG